

# Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

**Ihr Ansprechpartner**

Jens Jungmann

**Durchwahl**

Telefon +49 351 564 80600

Telefax +49 351 564 80680

presse@smwa.sachsen.de\*

17.04.2015

## „Ich erwarte, dass das Papier vom Tisch kommt!“

### Energieminister Dulig zum Eckpunktepapier zum "nationalen Klimaschutzbeitrag"

Das im Auftrag der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) erarbeitete Gutachten „Potentielle Auswirkungen des ‚nationalen Klimaschutzbeitrags‘ auf die Braunkohlewirtschaft“ findet die volle Zustimmung von Sachsens Energieminister Martin Dulig.

Das vom Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Baake vorgelegte Eckpunktepapier zum sogenannten nationalen Klimaschutzbeitrag beruht, so das Gutachten der IG BCE, auf betriebswirtschaftlich falschen Annahmen und wird nicht für die betroffenen Unternehmen zu realisieren sein. Diese Einschätzung teilt das SMWA.

„Sollten die Vorschläge aus dem Baake-Papier realisiert werden, hätte dies ungeahnte negative Auswirkungen auf die Braunkohleregionen Sachsens. Aber auch die Versorgungssicherheit und Preisstabilität des Stromes würden gefährdet werden“, so Energieminister Martin Dulig. Sollte das Baake-Papier umgesetzt werden, würde dies das Lausitzer, mitteldeutsche und rheinische Revier wirtschaftlich zerschlagen. Ein Großteil der Kraftwerksblöcke wäre, so eines der zentralen Ergebnisse des Gutachtens, schon 2017 von Stilllegungen betroffen. „Dies ist unverantwortlich und hätte noch nicht absehbare Folgen für die regionale Weiterentwicklung der Braunkohleregionen!“

Martin Dulig: „Ich erwarte, dass das Bundeswirtschaftsministerium aus dem Arbeitspapier der IG BCE die sachlich richtigen Konsequenzen ziehen wird und sein Eckpunktepapier vom Tisch nimmt.“ Das SMWA fordert das Bundeswirtschaftsministerium erneut auf, dass ihm vorliegende Eckpunktepapier zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Anteils nicht weiter zu verfolgen und gemeinsam mit allen Betroffenen nach betriebswirtschaftlich akzeptablen Lösungen zu suchen. „So könnten die angestrebten

**Hausanschrift:**

**Sächsisches Staatsministerium  
für Wirtschaft, Arbeit, Energie  
und Klimaschutz**

Wilhelm-Buck-Straße 2  
01097 Dresden

[www.smwa.sachsen.de](http://www.smwa.sachsen.de)

Zu erreichen ab Bahnhof  
Dresden-Neustadt mit den  
Straßenbahnlinien 3 und 9, ab  
Dresden-Hauptbahnhof mit den  
Linien 3, 7 und 8. Haltestelle  
Carolaplatz.

\* Kein Zugang für verschlüsselte  
elektronische Dokumente. Zugang  
für qualifiziert elektronisch signierte  
Dokumente nur unter den auf  
[www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html](http://www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html)  
vermerkten Voraussetzungen.

Klimaschutzziele nicht erreicht werden - Strukturbrüche nicht vermieden werden.“

Eine schnelle und sinnvolle Einigung ist auch aus Sicht der zehntausenden betroffenen Arbeitnehmer von Vattenfall, RWE und MIBRAG dringend erforderlich, um ihnen Sicherheit für ihre Arbeitsplätze zu geben. Auch die von möglichen Umsiedlungen betroffenen Anwohner in den Braunkohleregionen, etwa in Schleife und Trebendorf in der Lausitz, benötigen klare und verbindliche Aussagen für ihre Zukunft.